

# Erläuterungen für das Ausfüllen der Körperschaftsteuererklärung K 2 für 2016

Aussagen zur Pauschalierung können nur Vereine, nicht aber Privatstiftungen betreffen.

**1** Dieses Erklärungsformular ist von jenen Körperschaften zu verwenden, die nicht unter § 7 Abs. 3 fallen und die nicht nach § 1 Abs. 3 beschränkt steuerpflichtig sind. Dazu gehören insbesondere Privatstiftungen, die unter § 13 fallen, Vereine sowie nicht unter § 7 Abs. 3 fallende Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts.

**2** Hier sind die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft anzuführen. Schließen Sie der Erklärung die Beilage K 2a und/oder K 11 (für Beteiligungseinkünfte) an.

**3** Hier sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb bzw. bei Beteiligungen an Mitunternehmenschaften der Gewinnanteil anzugeben. Schließen Sie der Erklärung die Beilage K 2a und/oder K 11 (für Beteiligungseinkünfte) an.

**4** Auch bei unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften, die nicht unter § 7 Abs. 3 fallen, entfaltet im betrieblichen Bereich der Abzug von KEST für die Einkünfte aus der Überlassung von Kapital Endbesteuerungswirkung. Sollen sämtliche endbesteuerte Kapitaleinkünfte (betriebliche und außerbetriebliche) mitveranlagt werden, sind die betrieblichen Einkünfte aus der Überlassung von Kapital unter Punkt c) (Antrag auf Mitveranlagung) aufzunehmen; die auf sie entfallende Kapitalertragsteuer ist für Zwecke der Anrechnung in den KZ **869** bzw. **870** einzutragen.

**5** Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen sind im betrieblichen Bereich stets veranlagungspflichtig, ungeachtet einer allfälligen Abfuhr von Immobilienertragsteuer. Die anzurechnende Immobilienertragsteuer ist in den KZ **866** bzw. **867** einzutragen.

**6** Unter der Kennzahl **650** sind die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 28 EStG 1988) anzugeben. Schließen Sie der Erklärung die Beilage K 2b und/oder K 11 (für Beteiligungseinkünfte) an.

**7** Hier sind Einkünfte aus (privaten) Grundstücksveräußerungen ab 1.4.2012 einzutragen. Eine Immobilienertragsteuer entfaltet auch für Körperschaften, die nicht unter § 7 Abs. 3 fallen, grundsätzlich Endbesteuerungswirkung. Sie können aber durch Ausübung der Veranlagungsoption (§ 30b Abs. 3 EStG 1988) mitveranlagt werden. Zur Einkünfteermittlung betreffend die Kennzahlen **572**, **573** und **574** siehe die entsprechenden Anmerkungen in den Erläuterungen (Formular E 2) zur Einkommensteuererklärung (E 1). Verbleibt nach einem allfälligen Verlustausgleich ein negativer Saldo der Kennzahlen **572**, **573** und **574**, ist dieser auf 60% zu kürzen. Dieser gekürzte Verlust ist nur mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ausgleichsfähig. Auf Antrag kann der gesamte gekürzte Verlust durch Eintragung in Kennzahl **974** berücksichtigt werden. Wird kein diesbezüglicher Antrag gestellt, ist der gekürzte Verlust zu jeweils einem Fünftel beginnend mit dem Veranlagungsjahr zu berücksichtigen. In diesem Fall ist der Fünftelbetrag (4% des gesamten Verlustes) in Kennzahl **973** einzutragen.

**8** Hier sind „Sonstige Einkünfte“, das sind insbesondere wiederkehrende Bezüge (zB Leibrenten), Einkünfte aus Spekulationsgeschäften und Einkünfte aus Leistungen wie insbesondere solche aus gelegentlichen Vermittlungen und aus der Vermietung beweglicher Gegenstände einzutragen.

**9** In Vorjahren nicht ausgleichsfähige Verluste gemäß § 2 Abs. 2a EStG 1988 sind mit positiven Einkünften aus dieser Betätigung oder diesem Betrieb frühestmöglich zu verrechnen. In der Kennzahl **639** sind diese zu verrechnenden Verluste aus Vorjahren einzutragen.

**10** In Kennzahl **840** sind die in den Einkünften enthaltenen, im Inland steuerpflichtigen sonstigen ausländischen Einkünfte anzugeben. Der Eintrag der entsprechenden ausländischen Einkünfte ist Voraussetzung für die jeweilige Anrechnung darauf entfallender ausländischer Steuern. Als sonstige ausländische Einkünfte kommen beispielsweise ausländische Zins- und Lizenzkündfte sowie ausländische Betriebsstättenkündfte in jenen Fällen in Betracht, in denen gemäß dem anzuwendenden DBA die so genannte Anrechnungsmethode vorgesehen ist. Bei sonstigen ausländischen Einkünften ist die insgesamt anzurechnende Steuer in der Kennzahl **841** anzugeben. Sie ergibt sich aus dem jeweiligen DBA.

**11** Der nach einem DBA von der österreichischen Besteuerung freizustellende Teil der Einkünfte (Auslandseinkünfte) ist stets nach österreichischem Recht zu ermitteln.

**12** Soweit in den positiven Einkünften Sanierungs-, Veräußerungs-, Aufgabe- und Liquidationsgewinne, Gewinne in einem Insolvenzverfahren oder Nachversteuerungsbeträge enthalten sind, kommt es gemäß § 8 Abs. 4 Z 2 lit. b KStG 1988 zu keiner Vortragsbegrenzung. Der Betrag dieser Gewinne ist bei der Kennzahl **624** anzugeben und wird automatisch in die Berechnung des Begrenzungsbetrages einbezogen.

**13** Die Kennzahl ist nur im Fall eines **abweichenden Wirtschaftsjahres 2015/2016** relevant, wenn die Überführung von Wirtschaftsgütern oder die Verlegung von Betrieben oder Betriebsstätten **vor dem 1.1.2016** erfolgt (bei Überführung oder Verlegung ab dem 1.1.2016 ist bereits das Ratenzahlungskonzept anwendbar, dafür ist nur Punkt 12.2. beachtlich). Gemäß § 124b Z 300 iVm § 6 Z 6 lit b idF vor dem AbgÄG 2015 unterbleibt auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages in diesen Fällen (Überführung/Verlegung vor dem 1.1.2016) die Festsetzung der aus der Überführung/Verlegung resultierenden Steuerschuld bis zur tatsächlichen Veräußerung oder dem sonstigen Ausscheiden aus dem Betriebsvermögen, wenn die Überführung oder Verlegung in einen Mitgliedstaat der EU oder einen Staat des EWR mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt. Wird ein solcher Antrag (durch Ankreuzen) gestellt, ist der der Nichtfestsetzung unterliegende Betrag, der die Einkünfte nicht vermindert haben darf, in Kennzahl **805** einzutragen. Die bescheidmäßige Steuerschuld wird dadurch um die auf diesen Betrag entfallende Steuer reduziert.

**14** Gemäß § 6 Z 6 lit c bis d idF AbgÄG 2015 ist auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages bei Überführung von Wirtschaftsgütern oder Verlegung von Betrieben oder Betriebsstätten iSd lit. a oder bei Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs iSd lit. b die Steuerschuld in **Raten** zu entrichten, wenn die Überführung/Verlegung ab 1.1.2016 in einen EU-Mitgliedsstaat oder einen EWR-Staat mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt oder die Einschränkung des Besteuerungsrechtes gegenüber einem solchen Staat erfolgt.

Die auf die Wirtschaftsgüter des **Anlagevermögens** entfallende Steuerschuld ist gleichmäßig über einen Zeitraum von **sieben Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die weiteren Raten jeweils am 30. September der Folgejahre fällig werden. Davon abweichend sind offene Raten insoweit fällig zu stellen, als Wirtschaftsgüter, Betriebe oder Betriebsstätten

1. veräußert werden,
2. auf sonstige Art ausscheiden oder
3. in einen von der Regelung nicht erfassten Staat überführt oder verlegt werden.

Der Eintritt dieser Umstände ist der zuständigen Abgabenbehörde binnen drei Monaten ab Eintritt anzuzeigen.

Die auf die Wirtschaftsgüter des **Umlaufvermögens** entfallende Steuerschuld ist gleichmäßig über einen Zeitraum von

**zwei Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die zweite Rate am 30. September des Folgejahres fällig wird. Da es sich dabei um eine pauschale Verteilung handelt, ist ein vorzeitiges Ausscheiden nicht anzuzeigen und führt auch nicht zu einer vorzeitigen Fälligkeit noch offener Raten. Tragen Sie bitte in Kennzahl **978** den Gesamtbetrag ein, für den die Steuer in Raten zu entrichten ist. Hinsichtlich dieses Betrages wird durch entsprechende Eintragung in Kennzahl **990** und/oder in Kennzahl **991** die darauf entfallende Steuerschuld auf sieben Jahre bzw. zwei Jahre verteilt und die erste Rate im Rahmen des ergehenden Veranlagungsbescheides vorgeschrieben.

Sollte eine der oben unter Punkt 1, 2 oder 3 genannten Umstände im Jahr 2016 eintreten, hat insoweit keine Eintragung in Kennzahl **979** zu erfolgen.

**15** Gemäß § 27 Abs. 6 Z 1 EStG gelten Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs hinsichtlich von Wirtschaftsgütern iSd § 27 Abs. 3 und Abs. 4 EStG führen, als Veräußerung.

Gemäß § 27 Abs. 6 Z 1 lit. d iVm § 6 Z 6 lit. c und d EStG ist in allen nicht unter lit. a fallenden Fällen (kein Wegzug und keine unentgeltliche Übertragung) auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages die Steuerschuld in **Raten** zu entrichten, wenn die Einschränkung des Besteuerungsrechtes gegenüber einem EU/EWR-Staat mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt. Wird ein solcher Antrag (durch Ankreuzen) gestellt, sind die Raten über einen Zeitraum von **sieben Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die weiteren Raten jeweils am 30. September der Folgejahre fällig werden. Davon abweichend sind offene Raten insoweit fällig zu stellen, als Kapitalanteile

1. veräußert werden oder
2. in einen von der Regelung nicht erfassten Staat transferiert werden.

Der Eintritt dieser Umstände ist der zuständigen Abgabenbehörde binnen drei Monaten ab Eintritt anzuzeigen.

Tragen Sie bitte in Kennzahl **980** den Gesamtbetrag ein, für den die Steuer in Raten zu entrichten ist. Hinsichtlich dieses Betrages wird die darauf entfallende Steuer auf sieben Jahre verteilt und die erste Rate im Rahmen des ergehenden Veranlagungsbescheides vorgeschrieben.

Sollte eine der oben unter 1. oder 2. genannten Umstände im Jahr 2016 eintreten, hat insoweit keine Eintragung in Kennzahl **980** zu erfolgen.

**16** Fließen Privatstiftungen Beteiligungserträge zu, gelten folgende Regelungen:

- § 10 Abs. 1 sieht - wie bisher - in den Z 1 bis 4 eine Steuerbefreiung für verschiedene Formen von Beteiligungserträgen aus inländischen Quellen vor (insbesondere für Gewinnanteile aus inländischen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften). Diese sind in Kennzahl **830** anzugeben. Wurde für diese inländischen Beteiligungserträge KESt einbehalten, kann eine Anrechnung im Wege der Veranlagung durch Eintragung der anzurechnenden KESt in Kennzahl **845** erfolgen.
- § 13 iVm § 10 Abs. 1 Z 7 enthält eine Befreiung für Beteiligungserträge, die aus internationalen Schachtelbeteiligungen stammen. Diese sind in Kennzahl **832** anzugeben, sofern kein Anwendungsfall des § 10 Abs. 4 vorliegt (in Kennzahl **834** zu erfassen).
- Ausländische Beteiligungserträge, die nicht aus einer internationalen Schachtelbeteiligung stammen, sind gemäß § 10 Abs. 1 Z 5 und 6 befreit, wenn die ausländische Körperschaft entweder die Voraussetzungen der Anlage 2 zum EStG 1988 erfüllt, oder den inländischen unter § 7 Abs. 3 fallenden Körperschaften vergleichbar ist und mit ihrem Ansässigkeitsstaat eine umfassende Amtshilfe besteht. Diese Beteiligungserträge sind in Kennzahl **832** anzugeben, sofern kein Anwendungsfall des § 10 Abs. 5 vorliegt (in Kennzahl **838** zu erfassen).

In den Kennzahlen **834** und **838** sind im Inland steuerpflichtige ausländische Beteiligungserträge anzugeben. Der Eintrag der entsprechenden ausländischen Einkünfte ist Voraussetzung für die jeweilige Anrechnung darauf entfallender ausländischer Steuern. In Kennzahl **834** sind die in § 10 Abs. 4 geregelten Beteiligungserträge aus internationalen Schachtelbeteiligungen, in Kennzahl **838** die in § 10 Abs. 5 geregelten Beteiligungserträge anzugeben. Hinsichtlich der anrechenbaren ausländischen Steuer ist - für Zwecke des Anrechnungsvortrages - zwischen ausländischer Körperschaftsteuer (Kennzahl **837** bzw. **839**) und ausländischer Quellensteuer (Kennzahl **847** bzw. **848**) zu unterscheiden. Die Reihenfolge und Höhe der Anrechnung ergibt sich aus § 10 Abs. 6.

**17** Hier sind alle Zuwendungen an Begünstigte einzutragen, von denen Kapitalertragsteuer einbehalten wurde. Bei Zuwendungen an ausländische Begünstigte ist es zusätzlich erforderlich, dass keine Entlastung von der Kapitalertragsteuer erfolgt ist.

**18** Gemäß § 10 Abs. 6 kann auf Antrag jene ausländische Körperschaftsteuer, die die Steuerschuld übersteigt, frühestmöglich in Folgejahren angerechnet werden. Die Anrechnung ist durch Eintragung des anzurechnenden Betrages in die Kennzahl **850** zu beantragen.

## Erläuterungen für das Ausfüllen der Körperschaftsteuererklärung K 2a für 2016

**Beachten Sie bitte:** Sämtliche Erläuterungszahlen, die nicht den Abschnitt 4.1 oder 4.2 der Beilage K 2a betreffen, finden Sie im Teil B der Ausfüllhilfe E 2 zur Einkommensteuererklärung 2016.

Die folgenden Erläuterungen betreffen nur den **Abschnitt 4.1 und 4.2.**

**1** Inländische mit KESt endbesteuerungsfähige Kapitalerträge sind in Kennzahl **9299** aus dem steuerlichen Ergebnis der Beilage K 2a auszuscheiden, sofern diese im Ergebnis der Gewinnermittlung laut Punkt 3 enthalten sind. Sollen diese Einkünfte mitveranlagt werden, sind sie in die Punkt 1c oder 2c des Formulars K 2 übernehmen; andernfalls sind sie nicht in die Erklärung K 2 aufzunehmen.

**2** Einkünfte aus im Betrieb realisierten Wertsteigerungen von Kapitalvermögen und von Derivaten sind auch bei einem allfälligen KESt-Abzug stets veranlagungspflichtig. § 6 Z 2 lit. c EStG 1988 sieht bei einem Zusammentreffen von Substanzgewinnen und -verlusten eine Verrechnung vor. Die Kennzahlen **9305** (siehe Anm. 3) und **9301** (siehe Anm. 4) dienen der Umsetzung dieser Besteuerungsfolgen.

**3** In Kennzahl **9305** sind allfällige Korrekturen vorzunehmen, die sich aus der richtigen Ermittlung von Substanzgewinnen/-verlusten betreffend betriebliches Kapitalvermögen ergeben. Dies kann zB erforderlich sein, wenn der im Punkt 3 erfasste unternehmensrechtliche Substanzgewinn vom steuerlichen wegen Unterschieden in der Einlagebewertung (beizulegender Wert einerseits bzw. Begrenzung mit den Anschaffungskosten gemäß § 6 Z 5 andererseits) abweicht. Das hier allenfalls zu adaptierende Ergebnis betreffend Substanzgewinnen/-verlusten ist in weiterer Folge maßgebend (siehe Anm. 4).

**4** Die Kennzahl **9301** dient der Korrektur des unternehmensrechtlichen Ergebnisses aus dem Punkt 3 im Hinblick auf die Verrechnungsvorschrift des § 6 Z 2 lit. c EStG 1988. Danach sind und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen derartiger Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zu 55% ausgeglichen werden. Die Substanzgewinne und Substanzverluste sind in den Vorspalten zu erfassen und daraus ist der Saldo zu bilden. Ist dieser negativ, darf dieser nur zu 55% mit den anderen Einkünften des Betriebes ausgeglichen werden. In diesem

Fall sind 45% des negativen Saldos mit positivem Vorzeichen in die Kennzahl **9301** einzutragen. Dadurch erfolgt die Korrektur des Ergebnisses aus dem Punkt 3 entsprechend § 6 Z 2 lit. c EStG 1988. Ist der Saldo aus den Substanzgewinnen und Substanzverlusten positiv, verbleibt dieser im Ergebnis der Beilage K 2a.

**5** Realisierte Substanzgewinne/-verluste in Bezug auf Betriebsgrundstücke sind auch bei einem allfälligen Abzug einer Immobilienertragsteuer stets veranlagungspflichtig. § 6 Z 2 lit. d EStG 1988 ordnet bei einem Zusammentreffen von Substanzgewinnen und -verlusten eine Verrechnung vor. Die Kennzahlen **9285** (siehe Anm. 6) und **9309** (siehe Anm. 7) dienen der Umsetzung dieser Besteuerungsfolgen.

**6** In Kennzahl **9285** sind allfällige Korrekturen vorzunehmen, die gegebenenfalls notwendig sind, um eine korrekte Saldierung gemäß § 6 Z 2 lit. d EStG 1988 zu gewährleisten. Dies kann etwa nötig sein, weil betrieblicher Grund und Boden unter Anwendung des § 30 Abs. 4 EStG 1988 pauschal besteuert werden soll oder Differenzen zwischen der unternehmensrechtlichen und steuerlichen Einlagebewertung vorliegen und diese Umstände in der Gewinnermittlung gemäß Punkt 3 keinen Niederschlag gefunden haben, weil dort das unternehmensrechtliche Ergebnis erfasst worden ist. Sollte die Immobilienertragsteuer gewinnmindernd berücksichtigt worden sein, ist dies ebenfalls hier zu korrigieren. Das hier allenfalls zu adaptierende Ergebnis betreffend Substanzgewinnen/-verlusten ist in weiterer Folge maßgebend (siehe Anm. 7).

**7** Die Kennzahl **9309** dient der Korrektur des unternehmensrechtlichen Ergebnisses aus dem Punkt 3 im Hinblick auf die Verrechnungsvorschrift des § 6 Z 2 lit. d EStG 1988. Danach sind Teilwertabschreibungen und Verluste aus der Veräußerung von Betriebsgrundstücken, auf deren Wertsteigerungen der besondere Steuersatz anwendbar ist, vorrangig mit positiven Einkünften aus der Veräußerung oder Zuschreibung solcher Grundstücke desselben Betriebes zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zur Hälfte ausgeglichen werden. Die Substanzgewinne und Substanzverluste sind in den Vorspalten zu erfassen und daraus ist der Saldo zu bilden. Ist dieser negativ, darf dieser nur zu 60% mit den anderen Einkünften des Betriebes ausgeglichen werden. In diesem Fall sind 40% des negativen Saldos mit positivem Vorzeichen in die Kennzahl **9309** einzutragen. Damit erfolgt die Korrektur des Ergebnisses aus dem Punkt 3 entsprechend § 6 Z 2 lit. d EStG 1988. Ist der Saldo aus den Substanzgewinnen und Substanzverlusten positiv, verbleibt dieser im Ergebnis der Beilage K 2a.

## Erläuterungen für das Ausfüllen der Körperschaftsteuererklärung K 3 für 2016

**1** Dieses Formular ist von ausländischen Körperschaften sowie ggf. Körperschaften öffentlichen Rechts (außerhalb von Betrieben gewerblicher Art) und persönlich von der unbeschränkten Steuerpflicht (auch umfassend) befreiten Körperschaften zu verwenden. Bei der Ermittlung der Einkünfte sind Betriebsausgaben oder Werbungskosten nur insoweit zu berücksichtigen, als sie mit den entsprechenden Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Alle Einkünfte gemäß § 21 einer beschränkt steuerpflichtigen Körperschaft, von denen kein Steuerabzug vom Kapitalertrag oder nach § 99 EStG 1988 vorzunehmen ist, sind zu veranlagern. Für Einkünfte aus der Veräußerung inländischer Grundstücke, die nicht schon einem Betrieb zugehörig sind, gelten im Hinblick auf die Entrichtung der Steuer die einkommensteuerrechtlichen Vorschriften (§§ 30b und 30c EStG 1988) sinngemäß (siehe die Erläuterungen zu E1). Im Falle der Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer tritt die Abgeltungswirkung sinngemäß ein; wird eine Selbstberechnung nicht vorgenommen oder kommt die Abgeltungswirkung nicht zur Anwendung, sind die Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen zu veranlagern.

**2** Hier sind die Einkünfte (Gewinn) aus einer im Inland betriebenen Land- und Forstwirtschaft anzuführen.

**3** Hier sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird, **eine ständige Vertreterin/ein ständiger Vertreter** bestellt ist **oder bei dem im Inland unbewegliches Vermögen** vorliegt, einzutragen. Bei Beteiligungen **an Mitunternehmenschaften** ist das Ergebnis der Beilage K 11 anzugeben.

**4** In den Kennzahlen **672** und **835** sind die in den betrieblichen Einkünften enthaltenen, im Inland steuerpflichtigen Beteiligungserträge anzugeben. Der Eintrag der entsprechenden ausländischen Einkünfte ist Voraussetzung für die jeweilige Anrechnung darauf entfallender ausländischer Steuern. In Kennzahl **672** sind die in § 10 Abs. 4 geregelten Beteiligungserträge aus internationalen Schachtelbeteiligungen, und in Kennzahl **835** die in § 10 Abs. 5 geregelten sonstigen Beteiligungserträge anzugeben. Hinsichtlich der anrechenbaren Steuern ist - für Zwecke des Anrechnungsvortrages - zwischen ausländischer Körperschaftsteuer (Kennzahl **673** bzw. **836**) und ausländischer Quellensteuer (Kennzahl **851** bzw. **852**) zu unterscheiden. Die Reihenfolge und Höhe der Anrechnung ergibt sich aus § 10 Abs. 6.

**5** In Kennzahl **650** sind die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 28 EStG 1988) anzugeben, wenn das unbewegliche Vermögen, die Sachbegriffe oder Rechte im Inland gelegen oder in ein inländisches Buch oder Register eingetragen sind oder in einer inländischen Betriebsstätte verwertet werden. Es ist jeweils eine „Überschuss-Rechnung“ (Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten) anzuschließen.

**6** Hier sind Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen einzutragen. Siehe dazu die Erläuterungen zu E 1.

**7** Verbleibt nach einem allfälligen Verlustausgleich ein negativer Saldo der Kennzahlen **572**, **573** und **574**, ist dieser auf 60% zu kürzen. Dieser gekürzte Verlust ist nur mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ausgleichsfähig. Auf Antrag kann der gesamte gekürzte Verlust durch Eintragung in Kennzahl **974** berücksichtigt werden. Wird kein diesbezüglicher Antrag gestellt, ist der gekürzte Verlust zu jeweils einem Fünftel beginnend mit dem Veranlagungsjahr zu berücksichtigen. In diesem Fall ist der Fünftelbetrag (4% des gesamten Verlustes) in Kennzahl **973** einzutragen.

**8** In Vorjahren nicht ausgleichsfähige Verluste gemäß § 2 Abs. 2a EStG 1988 sind mit positiven Einkünften aus dieser Betätigung oder diesem Betrieb frühestmöglich zu verrechnen. In der Kennzahl **639** sind diese zu verrechnenden Verluste aus Vorjahren einzutragen.

**9** Der Verlustabzug ist nach § 21 Abs. 1 Z 1 iVm mit § 8 Abs. 4 Z 2 und insbesondere in Verbindung mit § 102 Abs 2 Z 2 EStG 1988 nur eingeschränkt möglich. Von der innerstaatlichen Regelung des § 102 Abs. 2 Z 2 EStG 1988 ist nur insoweit abzuweichen, als sich aus DBA-Bestimmungen etwas anderes ergibt. Unter Hinweis auf die erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandssachverhalten ist der Nachweis, dass ein Verlustabzug zulässig ist bzw. dass keine Doppelverwertung von Verlusten erfolgt, vom beschränkt Steuerpflichtigen zu erbringen (zweckmäßigerweise durch Vorlage der Steuererklärungen und Steuerbescheide des Ansässigkeitsstaates als Beilage zur österreichischen Körperschaftsteuererklärung).

**10** Soweit in den positiven Einkünften Sanierungs-, Veräußerungs-, Aufgabe- und Liquidationsgewinne, Gewinne in einem Insolvenzverfahren oder Nachversteuerungsbeträge enthalten sind, kommt es gemäß § 8 Abs. 4 Z 2 lit. b KStG 1988 zu keiner Vortragsbegrenzung. Der Betrag dieser Gewinne ist bei der Kennzahl **624** anzugeben und wird automatisch in die Berechnung des Begrenzungsbetrages einbezogen.

**11** In Fällen eines Schuldnachlasses im Sinne des § 23a (Erfüllung der Sanierungsplanquote) ist die aus Sanierungsgewinnen entstehende Körperschaftsteuer in dem über der Quote liegenden Ausmaß nicht festzusetzen.

**12** Die Kennzahl ist nur im Fall eines **abweichenden Wirtschaftsjahres 2015/2016** relevant, wenn die Überführung von Wirtschaftsgütern oder die Verlegung von Betrieben oder Betriebsstätten **vor dem 1.1.2016** erfolgt (bei Überführung oder Verlegung ab dem 1.1.2016 ist bereits das Ratenzahlungskonzept anwendbar, dafür ist nur Punkt 12.2. beachtlich). Gemäß § 124b Z 300 iVm § 6 Z 6 lit b iDF vor dem AbgÄG 2015 unterbleibt auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages in diesen Fällen (Überführung/Verlegung vor dem 1.1.2016) die Festsetzung der aus der Überführung/Verlegung resultierenden Steuerschuld bis zur tatsächlichen Veräußerung oder dem sonstigen Ausscheiden aus dem Betriebsvermögen, wenn die Überführung oder Verlegung in einen Mitgliedsstaat der EU oder einen Staat des EWR mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt. Wird ein solcher Antrag (durch Ankreuzen) gestellt, ist der der Nichtfestsetzung unterliegende Betrag, der die Einkünfte nicht vermindert haben darf, in Kennzahl 805 einzutragen. Die bescheidmäßige Steuerschuld wird dadurch um die auf diesen Betrag entfallende Steuer reduziert.

**13** Gemäß § 6 Z 6 lit c bis d iDF AbgÄG 2015 ist auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages bei

Überführung von Wirtschaftsgütern oder Verlegung von Betrieben oder Betriebsstätten iSd lit. a oder bei Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs iSd lit. b die Steuerschuld in **Raten** zu entrichten, wenn die Überführung/Verlegung ab 1.1.2016 in einen EU-Mitgliedsstaat oder einen EWR-Staat mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt oder die Einschränkung des Besteuerungsrechtes gegenüber einem solchen Staat erfolgt.

Die auf die Wirtschaftsgüter des **Anlagevermögens** entfallende Steuerschuld ist gleichmäßig über einen Zeitraum von **sieben Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die weiteren Raten jeweils am 30. September der Folgejahre fällig werden. Davon abweichend sind offene Raten insoweit fällig zu stellen, als Wirtschaftsgüter, Betriebe oder Betriebsstätten

1. veräußert werden,
2. auf sonstige Art ausscheiden oder
3. in einen von der Regelung nicht erfassten Staat überführt oder verlegt werden.

Der Eintritt dieser Umstände ist der zuständigen Abgabenbehörde binnen drei Monaten ab Eintritt anzuzeigen. Die auf die Wirtschaftsgüter des **Umlaufvermögens** entfallende Steuerschuld ist gleichmäßig über einen Zeitraum von **zwei Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die zweite Rate am 30. September des Folgejahres fällig wird. Da es sich dabei um einen pauschale Verteilung handelt, ist ein vorzeitiges Ausscheiden nicht anzuzeigen und führt auch nicht zu einer vorzeitigen Fälligkeit noch offener Raten. Tragen Sie bitte in Kennzahl **978** den Gesamtbetrag ein, für den die Steuer in Raten zu entrichten ist. Hinsichtlich dieses Betrages wird durch entsprechende Eintragung in Kennzahl **990** und/oder in Kennzahl **991** die darauf entfallende Steuerschuld auf sieben Jahre bzw. zwei Jahre verteilt und die erste Rate im Rahmen des ergehenden Veranlagungsbescheides vorgeschrieben.

Sollte eine der oben unter Punkt 1, 2 oder 3 genannten Umstände im Jahr 2016 eintreten, hat insoweit keine Eintragung in Kennzahl **979** zu erfolgen.

**14** Gemäß § 27 Abs. 6 Z 1 EStG gelten Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs hinsichtlich von Wirtschaftsgütern iSd § 27 Abs. 3 und Abs. 4 EStG führen, als Veräußerung.

Gemäß § 27 Abs 6 Z 1 lit. d iVm § 6 Z 6 lit c und d EStG ist in allen nicht unter lit. a fallenden Fällen (kein Wegzug und keine unentgeltliche Übertragung) auf Grund eines in der Steuererklärung gestellten Antrages die Steuerschuld in **Raten** zu entrichten, wenn die Einschränkung des Besteuerungsrechtes gegenüber einem EU/EWR-Staat mit umfassender Amts- und Vollstreckungshilfe erfolgt. Wird ein solcher Antrag (durch Ankreuzen) gestellt, sind die Raten über einen Zeitraum von **sieben Jahren** zu entrichten, wobei die erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und die weiteren Raten jeweils am 30. September der Folgejahre fällig werden. Davon abweichend sind offene Raten insoweit fällig zu stellen, als Kapitalanteile

1. veräußert werden oder
2. in einen von der Regelung nicht erfassten Staat transferiert werden.

Der Eintritt dieser Umstände ist der zuständigen Abgabenbehörde binnen drei Monaten ab Eintritt anzuzeigen. Tragen Sie bitte in Kennzahl **980** den Gesamtbetrag ein, für den die Steuer in Raten zu entrichten ist. Hinsichtlich dieses Betrages wird die darauf entfallende Steuer auf sieben Jahre verteilt und die erste Rate im Rahmen des ergehenden Veranlagungsbescheides vorgeschrieben.

Sollte eine der oben unter 1. oder 2. genannten Umstände im Jahr 2016 eintreten, hat insoweit keine Eintragung in Kennzahl **980** zu erfolgen.

**15** Gemäß § 10 Abs. 6 kann auf Antrag jene ausländische Körperschaftsteuer, die die Steuerschuld übersteigt, frühestmöglich in Folgejahren angerechnet werden. Die Anrechnung ist durch Eintragung des anzurechnenden Betrages in die Kennzahl **850** zu beantragen.